

BUCHBESPRECHUNGEN

BARBARA LIPPERT (Hrsg.): Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung, Baden-Baden 2004, S. 261.

Der Titel des Sammelbandes gibt bereits dessen zentrale Gliederungspunkte wieder: Zum einen wird in den ersten drei Beiträgen die bisherige Erweiterungspolitik der Europäischen Union (mit Blick auf die zurückgelegte Distanz) bilanziert und in den fünf Folgebeiträgen ein Ausblick auf zentrale Problemfelder der Europäischen Union nach der Erweiterung gegeben. Diese Problemfelder liegen einerseits im institutionellen wie finanziellen Bereich, ergeben sich andererseits aber auch aus den Widersprüchen zwischen realer und formaler Konvergenz. Oder um ein andere Bild zu bemühen: Der zweite Teil befaßt sich mit der „Statik“ der tragenden Säulen des erweiterten „gemeinsamen Hauses“ (EWWU, RFSR, GASP). Es sollte eingangs noch erwähnt werden, daß es sich bei der Publikation nicht um die Ergebnispräsentation eines Einzelprojekts handelt, sondern um Resultate aus unterschiedlichen Förderlinien und Schwerpunktprogrammen (u.a. „Dialog Europa der Otto Wolff-Stiftung“). Sie schließt an den im Jahre 2000 erschienenen Titel „Osterweiterung der Europäischen Integration – die doppelte Reifeprüfung“ an.

Unter welchen fachspezifischen Gesichtspunkten auch immer sich ein Leser mit Aspekten des europäischen Integrations- und Erweiterungsprozesses befassen mag, fast jeder dürfte Mühe haben die einzelnen Verhandlungsstationen, Agenden, Verträge, Verfahren und Protagonisten in lückenloser Folge in Verbindung mit der jeweiligen Primär- und Sekundärliteratur präsent zu haben. In diesem Band findet man Hilfe.

Daten, Dokumente und wissenschaftliche Literatur, aufgereiht entlang eines chronologisch strukturierten Leitfadens, bietet im ersten Teil der Beitrag von B. WAGNER, ergänzt durch ausdrückliche Literaturempfehlungen, - eine äußerst hilfreiche Handreichung für jeden Seminarleiter und Studierenden, nicht nur der Politologie. Hier bei der Titelauswahl Vollständigkeit anzunehmen wäre kleinlich, jeder Leser wüßte wohl den einen oder anderen Titel hinzuzufügen. Gerade weil auf die bibliographischen Anhänge offensichtlich besonderer Wert gelegt wurde, fällt jedoch auf, daß französischsprachige Publikationen weitgehend fehlen und ostmitteleuropäische Autorinnen und Autoren von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen ebenfalls abwesend sind. Mag das erstere eine Konzession an die Lingua franca im europäischen Integrationsprozeß und in den Sozialwissenschaften schlechthin sein, so ist das weitgehende Fehlen der zweiten Gruppe als den Hauptadressaten und -Akteuren der aktuellen Erweiterungsrunde weniger verständlich, zumal es auch um Inhalte der „neuen Europadebatte“ geht (allerdings sind ostmitteleuropäische Positionen indirekt in einschlägigen, hier aufgeführten Publikationen wie von ALTMANN, WEISE, WELFENS und anderen dargelegt).

Doch zurück zu dem einführenden Beitrag, verfasst von der Herausgeberin. Schon ein erstes Überblättern macht die (gelungene) didaktische Absicht deutlich, nämlich die Vermittlung einer systematisierenden Übersicht der EU-Erweiterungspolitik 1989-2004, angefangen von den umrißartig vorgestellten und in einer begleitenden Übersicht präsentierten Erklärungsansätzen der Integrationsforschung bis hin zu den Instrumenten der EU-Heranzführungsstrategie und länderspezifischen Übergangsregelungen. Begleitende Übersichten (in diesem und weiteren Beiträgen)

führen den Leser stets auf das Wesentliche hin (oder zurück), erleichtern die Orientierung beim Nachvollzug des Entwicklungspfad in Richtung Osterweiterung. Entsprechend dem Charakter der Erweiterungspolitik wird diese mehr im Sinne der Elemente einer „zusammengesetzten Politik“ bilanziert als in „Cost-Benefit“-Kategorien (der Kosten- und Finanzierungsaspekt wird in einem Folgebeitrag über die Agenda 2007 ausführlicher von Christian WEISE diskutiert; S. 177-196). Die Brücke zum zweiten Teil schlägt der Beitrag von B. LIPPERT und G. UMBACH (S. 111-138), der den Anpassungsprozeß der MOE-5-Verwaltungen insbesondere in der Phase der Mitgliedschaftsverhandlungen beobachtet. Er ist somit Teil der Frage nach der Beitrittsfähigkeit der neuen Partner und ein Feld voller weißer Flecken, die noch mit sektorbezogenen Fallstudien zu füllen sind (eine entsprechende Publikation im Nomos-Verlag ist angekündigt).

Eine weitere Variante von Bilanzierung scheint im Textverlauf des ersten und der weiteren Beiträge durch. Sie läßt sich in einer Art Begriffsmatrix von Konfliktpaaren vornehmen: Da steht dem „Streben nach Effizienz“ via Integration der Anspruch auf „Gleichheit der Mitgliedsstaaten“ gegenüber, die dann jeweils zu kombinieren wären mit den „Gemeinschaftsinteressen“ gegenüber den jeweiligen „nationalen Interessen“. Diese konfliktträchtigen Konfigurationen spielen hinein bis in die Kompetenzabgrenzungen innerhalb des Institutionengefüges (siehe den Beitrag von M. JOPP und S. MATL über „Die Reform der Institutionen und Verfahren – Ist die Europäische Union „fit“ für die Erweiterung?“, S. 139-175), ganz zu schweigen von den Auseinandersetzungen über die Gestaltung des gemeinsamen Haushalts (siehe den zitierten „Insider“-Beitrag von Chr. WEISE, insbesondere über die künftigen

budgetrelevanten Politiken). Bei der Identifizierung und Darstellung bestehender wie kommender Konfliktkonfigurationen fällt die Auslassung einer spezifischen Entwicklung auf, nämlich die von ethnischen und religiösen Ausgrenzungsprozessen innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten der erweiterten Union, die dem übergreifenden politischen, ökonomischen und sozialen Integrationsprozeß zuwiderlaufen. Ein blinder Fleck im Auge vieler Betrachter, der wohl ihrem grundlegenden Integrationsoptimismus geschuldet ist.

Wie eingangs erwähnt, befassen sich die abschließenden drei Beiträge des zweiten Teils mit den bekannten drei Säulen, wobei die eigentliche (konsens-)tragende (immer noch) die ökonomische ist, während bei den beiden anderen (der RFSR vorgestellt durch J. MONAR, S. 221-239; die GASP durch M. JOPP, B. LIPPERT und E. REGELSBERGER S. 241-260) die noch zu bewältigenden „Herausforderungen“ dominieren. Neben einer partiellen Nutzen-Kosten-Analyse auf Seiten der Beitritts- wie der Kernländer widmet M. DAUDERSTÄDT („Wachstum und Verteilung in der erweiterten Europäischen Union“, S. 197-219) einen eigenen Abschnitt den Problemen einer europäischen Politik für regionalen und sozialen Ausgleich, auch im Sinne eines Instruments des „community-making“. Hier bleibt noch eine Herausforderung der besonderen Art zu diskutieren, inwieweit nämlich im Prozeß der realen Konvergenz tragende Teile in der Architektur des europäischen Wohlfahrtsstaates durch aggressive Marktliberale abgebaut zu werden drohen.

ROLAND SCHARFF (Osnabrück)

HEIKO PLEINES: *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004.* Lit-Verlag Münster 2005, Reihe Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa Bd. 19, 198 S., 19.90 EUR, ISBN 3-8258-8283-7

Das vorliegende Buch entstand im Rahmen des Forschungsprojektes 'Wirtschaftseliten und Politik' an der Bremer Forschungsstelle Osteuropa. Im vorliegenden Buch werden die Ergebnisse für die Ukraine in einer vergleichenden Perspektive präsentiert.

Als die Ukraine im Jahre 1991 in einem Referendum mit großer Mehrheit für die nationale Unabhängigkeit stimmte, war ein zentrales Motiv die Hoffnung auf einen Wirtschaftsboom nach dem Austritt aus der Sowjetunion und dem Ende der ineffizienten Planwirtschaft. Diese Hoffnung wurde auch von vielen westlichen Experten geteilt. Anstelle des erhofften Aufschwungs erlebte die Ukraine jedoch wie alle post-kommunistischen Länder nach dem Ende der Planwirtschaft eine Wirtschaftskrise und sah sich mit einem enormen Reformstau konfrontiert.

Zentrale Wirtschaftsreformen, die für die Schaffung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft unverzichtbar sind, konnten aufgrund politischer Konflikte nicht verabschiedet werden. Politische Auseinandersetzungen haben Reformprojekte über Jahre verzögert und verwässert, obwohl die Ukraine nach dem Ende der Sowjetunion eine Wirtschaftskrise durchlebte, die politischen Handlungsbedarf offensichtlich machte.

Bei seiner Analyse der Ursachen dieses Reformstaus bezieht sich PLEINES auf Joel HELLMAN, der davon ausgeht, dass Widerstand gegen weitergehende Wirtschaftsreformen in postsozialistischen Staaten nicht von den klassischen Verlierern dieser Reformen

kam, sondern im Gegenteil von den ersten Reformgewinnern. Diese frühen Reformgewinner profitierten vor allem von den Wettbewerbsverzerrungen, die in der Anfangsphase der Wirtschaftsreformen entstanden. Eine konsequente Fortsetzung der Wirtschaftsreformen würde diesen Möglichkeiten ein Ende setzt. Gelingt es den Gewinnern der ersten Reformphase, eine konsequente Fortsetzung der Reformen zu verhindern, so ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung schlechter, als wenn Reformen gar nicht erst begonnen worden wären. Eine konsequente Fortsetzung der Reformen hingegen führt zu dem volkswirtschaftlich besten Ergebnis.

Nach HELLMAN liegt die Erklärung für den ukrainischen Reformstau also im Einfluss wirtschaftlicher Lobbies, die als "Krisengewinnler" eine Gesundung der Wirtschaft durch umfassende Reformen verhindern wollen. PLEINES liefert zur Erklärung des ukrainischen Reformstaus in der Wirtschaftspolitik ein vollständigeres Bild der politischen Einflussnahme von Wirtschaftsinteressen.

Einführend beschreibt PLEINES das Ausmaß des Reformstaus ausführlicher. Am Beispiel des Energiesektors wird aufgezeigt, welche drängenden Wirtschaftsprobleme anstehen und wie die Politik bisher darauf reagiert hat. Es wird deutlich, dass die Politik in vielen Bereichen eher Teil des Problems als Teil der Lösung ist.

Ausgehend von der HELLMAN-These werden im dritten Kapitel die zentralen Wirtschaftsakteure vorgestellt. Dabei wird die ukrainische Situation zum besseren Verständnis mit drei weiteren osteuropäischen Ländern (Russland, Polen, Tschechien) verglichen. Gleichzeitig entwickelt PLEINES seinen analytischen Rahmen, der auf der Erfassung von Politikfeldnetzwerken aufbaut.

Anschließend wird im vierten Kapitel der formelle politische Entscheidungsprozess beschrieben. Hier werden die Kompetenzen der einzelnen politischen Akteure aufgezeigt und es wird deutlich, wo Wirtschaftsakteure ansetzen müssen, wenn sie in der Ukraine Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen wollen.

Die konkrete Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf die Politik wird dann in den folgenden drei Kapiteln anhand von Fallstudien analysiert. Ausgewählt wurden dabei mit den Oligarchen, dem Kohlebergbau und der Agrarlobby, die einflussreichsten Wirtschaftsakteure, die eindeutig für Reformblockaden verantwortlich sind. Gleichzeitig erlauben die Fallstudien eine Analyse verschiedener Strategien der Einflussnahme. Während die Oligarchen mit politischer Korruption in Verbindung gebracht werden, steht die Agrarlobby für legalen Lobbyismus und der Kohlebergbau für Streiks und Proteste.

Das abschließende achte Kapitel resümiert dann die Ergebnisse der Fallstudien, um die HELLMAN-These für die Ukraine einer zusammenfassenden Bewertung zu unterziehen. PLEINES geht dabei weit über eine Präzisierung der HELLMAN-These hinaus, indem er Bezug auf Konzepte informeller politischer Einflussnahme nimmt und die Kulturabhängigkeit der von ihm beschriebenen Phänomene diskutiert. Am Ende des Buches findet sich ein umfangreicher und hilfreicher Anhang mit Daten zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine.

ANDREAS HEINRICH (Berlin)

Hans-Hermann Höhmann / Heiko Pleines, (Hrsg.): *Wirtschaftskultur in Osteuropa. Bremer Ansatz und Bremer Projekte*. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen: Bremen 2004

(Arbeitspapiere und Materialien Nr. 61), ISSN 1616-7384, 152 Seiten.

Bei der Suche nach den Faktoren, die die Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung zwischen den osteuropäischen Transformationsstaaten erklärten, wurde ab Mitte der 1990er Jahre häufig auf den Einfluss kultureller Faktoren verwiesen. Die Wirtschafts- und auch die Politikwissenschaft wandte sich daher verstärkt kulturell orientierten Erklärungsansätzen zu. In diesem Kontext wurde 1998 an der Bremer Forschungsstelle Osteuropa der Forschungsschwerpunkt 'Wirtschaftskultur' eingerichtet, dessen Leitung Prof. Dr. Hans-Hermann HÖHMANN übernahm.

Da die Analyse wirtschaftskultureller Faktoren in der post-sozialistischen Transformation in der Forschung noch nicht etabliert war, wurde die Bestandsaufnahme bestehender Ansätze und bereits vorliegender empirischer Ergebnisse das erste Ziel des Bremer Forschungsschwerpunktes. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe internationaler Konferenzen organisiert, die Experten aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen zusammenbrachten. Gleichzeitig wurden Forschungsprojekte konzipiert, von denen sich einerseits eine Erprobung und Weiterentwicklung theoretischer Konzepte zur Wirtschaftskultur, andererseits substanzielle Beiträge zur Empirie der ökonomischen Transformationsprozesse erwarten ließen.

Im Kontext von Konferenzen und Forschungsprojekten entwickelten die Mitarbeiter des Bremer Forschungsschwerpunktes ihren eigenen analytischen Zugang zum Themenkomplex "Wirtschaftskultur". Die Ergebnisse der Bremer Forschungen, der "Bremer Ansatz", der bereits in zahlreichen Publikationen zu den einzelnen Forschungsprojekten der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, liegt nun in einem Kompendium vor.

Diese Zusammenstellung des "best of ..." liefert einen gelungenen Überblick über die Arbeit zum Thema Wirtschaftskultur an der Forschungsstelle Osteuropa. Während im ersten Teil die Grundlagen des Bremer Ansatzes mit Beiträgen von Hans-Hermann HÖHMANN, Heiko PLEINES und Carsten Herrmann-PILLATH prägnant vorgestellt werden, befassen sich die folgenden drei Teile schwerpunktmäßig mit den von der Forschungsstelle diesbezüglich durchgeführten Forschungsprojekten.

Wirtschaftskulturelle Faktoren im russischen Steuersystem werden von Heiko PLEINES unter dem Aspekt der Wirtschaftskultur als Hemmnis für die Umsetzung von Reformen analysiert. Jakob FRUCHTMANN befasst sich mit den politischen Motiven hinter der Steuerreform sowie mit ihren sozialen Implikationen und dem Diskurs der "sozialen Frage".

Der Beitrag von Hans-Hermann HÖHMANN and Friederike WELTER führt in den Themenbereich unternehmerisches Handeln und Vertrauen ein. Während Friederike WELTER einen Vergleich von Vertrauen und Unternehmertum in Ost und West anstellt, liefert Elena MALIEVA eine Fallstudie für die russische Region Nižnij Novgorod.

Im Bereich von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskultur beschäftigt sich Heiko PLEINES mit der Rolle nicht-staatlicher Akteure in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen sowie mit Korruptionsnetzwerken in der russischen Wirtschaft. Zusammen mit Julia KUSZNIR untersuchte er anschließend die politische Ökonomie russländischer Ölfelder unter der Frage: Reichtum für wen?

Dieses gelungene Kompendium zur Wirtschaftskultur in Osteuropa ist allen anempfohlen die sich mit dieser Fragestellung und dem Forschungsansatz einführend befassen und sich einen

Überblick verschaffen wollen. Es richtet sich damit auch verstärkt an Studierende, nicht zuletzt wegen seines guten Preis-Leistungsverhältnisses. Bedauerlich ist allein, dass der Band stark auf Russland fokussiert ist und die übrigen mittel- und osteuropäischen Länder nur in Einzelfällen in die Analyse einbezieht.

ANDREAS HEINRICH (Berlin)

Neue Bücher Books Received

SINIŠA KUŠIĆ (ed): *Path-Dependent Development in the Western Balkans. The Impact of Privatization*. Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften., Frankfurt/M. 2005, 221 S., € 39,00. ISBN 3 631 53581 3.

RÜDIGER KIPKE: *Das politische System Ungarns. Eine Einführung (Lehrbuch)*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, 154 S., brosch. € 16,90. ISBN 3 531 13603 8.

PETER DANYLOW, ULRICH S. SOÉNIUS (Hrsg.): *Otto Wolff. Ein Untrenehmen zwischen Wirtschaft und Politik*. Siedler Verlag, München 2005, 559 S., geb. € 29,90. ISBN 3 88680 804 1.

Im Auftrag der
DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE e.V. ©
Herausgegeben von Dr. Hans Bräker, Dr. Wolfgang Eggers, Professor Dr. Werner
Gumpel, Professor Dr. Günter Hedtkamp, Professor Dr. Karl-Ernst Schenk, Professor Dr.
Alfred Schüller, Professor Dr. Heinrich Vogel.

REDAKTION:

Dr. Franz-Lothar Altmann, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit
(SWP), Ludwigkirchplatz 3-4, D-10719 Berlin. Postanschrift: Postfach 151120, D-10673
Berlin.

Tel.: (030) 88007-216; Fax: (030) 88007-100; e-mail: FL.Altmann@swp-berlin.org

OSTEUROPA-WIRTSCHAFT erscheint vierteljährlich.

Bezugsmöglichkeiten: Bestellungen nehmen der Verlag, die DGO und der Buchhandel
entgegen.

Bezugszeit: Das Abonnement gilt zunächst für ein Jahr; es verlängert sich, wenn nicht
6 Wochen vor Ablauf des Jahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt
wird.

Bezugspreise: Einzelheft € 15,-; Jahresabonnement € 49,- (einschließlich Versandkosten).
Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, für Studenten, Schulen
und ähnliche Institutionen kostet das Jahresabonnement gegen Nachweis € 39,-
(einschließlich Versandkosten).

Bestelladresse (Abos und Einzelhefte) und Verlag: Berliner Wissenschafts-Verlag, Axel-
Springer-Str. 54 b, D-10117 Berlin. Tel.: (030) 841770-0; Fax: (030) 841770-21;
e-mail: bwv@bwv-verlag.de

Anzeigenverwaltung: Redaktion und Verlag

ISSN 0030 6460

Bei Nichtlieferung durch höhere Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch
auf Ersatz.

Die in OSTEUROPA-WIRTSCHAFT veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe
geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die der
Herausgeber oder der Redaktion.

Für unverlangte Einsendungen von Aufsätzen und Rezensionen keine Gewähr. Mit der
Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser OSTEUROPA-WIRTSCHAFT auch
das Recht, die Genehmigung zum Nachdruck oder zur Vervielfältigung des gedruckten
Beitrages zu erteilen.

Satz: Altmann, Berlin

Druck: Sellier-Druck, Freising